

Rechtsextremismus in staatlichen Institutionen

Die Zeitschrift *Politikum* widmet sich vierteljährlich einem Schwerpunktthema und versammelt politikwissenschaftliche Beiträge, um sie einem breiteren, nicht nur akademischen Publikum zu präsentieren.

Heft 4 des Jahres 2021¹ widmet sich dem Verhältnis von extremer Rechter und staatlichen sowie gesellschaftlichen Institutionen, wobei der Schwerpunkt auf staatlichen Einrichtungen wie Polizei, Bundeswehr, Verfassungsschutz oder der Justiz liegt. Die Redaktion greift damit ein Thema auf, das seit einigen Jahren für Schlagzeilen sorgt: die ideologische und personelle Durchdringung unterschiedlicher Sicherheitsbehörden durch Anhänger der extremen Rechten. Waffenhortende und sich auf einen Tag X vorbereitende Soldaten der Bundeswehr, Anschlagsvorbereitungen durch Elitesoldaten, rassistische Chatgruppen der Polizei oder Netzwerke aus Polizisten und ehemaligen Soldaten, die den Bürgerkrieg planen – die Palette der Vorfälle ist kaum noch zu überschauen und selbst der Chef des Inlandsgeheimdienstes musste einräumen, dass es sich nicht nur um Einzelfälle, sondern um Strukturen handelt.

Die Beiträge des Heftes gehen nicht den einzelnen Fällen nach, sondern fragen nach den strukturellen Gründen für eine Entwicklung, die mit dem Aufstieg einer modernisierten extremen Rechten in Form der AfD etwas ans Licht bringt, was offenbar schon länger vorhanden war. Dabei bewegen sich die einzelnen Beiträge auf unterschiedlichen Analyseebenen. Die von Alexander Häußler im Einleitungsbeitrag vorgenommene begriffliche Differenzierung des Gegenstandes und seine Problematisierung des Extremismusansatzes wird leider nicht von allen Autor:innen aufgegriffen. So bleiben die strukturellen Probleme des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die die Dienste objektiv zur Stütze einer rechten Terrorstruktur wie dem NSU gemacht haben, im Beitrag von Florian Hartleb unbenannt; bei den „jungen Berufseinsteigern“ der Bundeswehr bezeichnet Klaus Naumann den „Extremismus“ als „Schwellenphänomen“, wiewohl es sich ausschließlich um ein Problem der extremen Rechten handelt.

Dagegen zeigen Maximilian Pichel und Doris Liebscher in ihren Beiträgen zu Rechtsextremismus in der Justiz und Rassismuskritik in der juristischen Ausbildung, wie man strukturelle Probleme präzise benennt. So verweist Pichel neben der immer noch unzulänglichen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Justiz im Faschismus auf aktuelle Probleme in der Jurist:innenausbildung, in der sozialwissenschaftliche Themen kaum eine Rolle spielten und unterschiedliche soziale Lebenswelten kaum thematisiert würden. Doris Liebscher zeichnet die braunen Spuren in der bundesdeutschen Justiz nach, die von Personen wie Hans Globke oder Theodor Maunz hinterlassen wurden. Sie thematisiert auch die Leerstelle Rassismus, den es in der Wahrnehmung der meisten Jurist:innen in einer Demokratie wie der Bundesrepublik nicht gibt. Die klassenmäßige und habituelle

¹ *Politikum*. Analysen, Kontroversen, Bildung, Heft 4/2021, Wochenschau Verlag, Frankfurt a.M., 78 Seite, 12,80 Euro.

Rekrutierung der Jurist:innen verhindere aktives Wissen über strukturelle Formen des Rassismus und führe zu einer verzerrten Wahrnehmung der Realität.

Beiträge zur Radikalisierung der AfD im Parlament (Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels), zu Vorkommnissen in der Polizei (Christoph Kopke) und ein Gespräch mit Gideon Botsch zum „tiefen Staat“ komplettieren den Teil des Heftes, der staatliche Institutionen behandelt. Weitere Artikel befassen sich mit radikal Rechten in den Gewerkschaften (Klaus Dörre/Jakob Köster), Rechten an der Hochschule (Christiane Leidiger/Heike Radvan) sowie politischer Bildung von Rechts am Beispiel des Instituts für Staatspolitik (Thomas Gill) und Bildungspolitik von Rechtsaußen (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus).

Insgesamt bietet das Heft des *Politikum* eine gute Übersicht zum Thema. Allerdings können die meisten Beiträge nur eine Skizze ihres jeweiligen Gegenstands bieten, ohne tiefere Einblicke zu ermöglichen. Insofern wäre eine Konzentration z.B. auf den Bereich der staatlichen Sicherheitsbehörden sinnvoll gewesen.

Gerd Wiegel

Kiew – Moskau – Peking: Washington weiß, wo der Hauptfeind steht

Die renommierte US-amerikanische Monatszeitschrift *Foreign Affairs* bietet Überlegungen, Studien und Kommentare zu den großen Konflikten des 21. Jahrhunderts. Das entspricht ihrem Selbstverständnis als wichtigstem, strategisch angelegtem Publikationsorgan für US-amerikanische Außenpolitik. Homepage (<https://www.foreignaffairs.com>) und Newsletter bieten die Möglichkeit, auch jenseits der leidigen Bezahlschranke einen tieferen Einblick in die theoretischen Kontexte der US-Politik zu gewinnen, der weniger vom tagespolitischen Klein-klein der Europäer oder Deutschen bestimmt ist als von den großen Dimensionen, die Politik und Wirtschaft der USA ins Visier nehmen. Die Zeitschrift erscheint, herausgegeben vom hochkarätig besetzten Thinktank Council on Foreign Relations, seit 1922, derzeit als Zweimonatszeitschrift, die in der elektronischen Fassung um weitere Beiträge ergänzt wird. Wer die zugänglichen Artikel der letzten Monate auswertet, dem fällt auf, dass die Staaten Westeuropas nur eine untergeordnete Rolle spielen und Osteuropa, zuvörderst die Ukraine, aber auch Polen und bedingt das Baltikum, als Zentrum der aktuellen Konfliktkonstellation erscheinen.

Für viele Autoren hat der Kalte Krieg nie aufgehört, nur vielleicht nach 1989/91 eine kurze Verschnaufpause eingelegt im Ringen um die eigene Suprematie. So meint Stephen Kotkin, dass das Ende des Kalten Krieges nur eine „Fata Morgana“ gewesen sei. Der Historiker von der Princeton-University zeigt die Kontinuitäten einer aggressiven sowjetisch-russischen Außenpolitik, die Moskau sowohl 1939 gegen Finnland wie 1950 in Korea zu militärischen Abenteurern und Niederlagen verleitet habe. Dieser „russische Imperialismus“ ist für ihn weniger ein „kultureller Wesenszug“ der Russen, sondern geprägt durch den diesen inne-

wohnenden Zug zur Verwirklichung einer von höherer Ebene erwarteten zivilisatorischen Mission. Nicht die kommunistische Ideologie wird von Kotkin aufgerufen und genauso wenig ein US-amerikanischer Missionierungsgedanke, der reale wirtschaftliche Interessen überstrahlt. Mit Blick auf Korea zieht er rhetorisch China in diesen andauernden Kalten Krieg hinein, dem sich die USA und der Westen bis heute stellen müssten. Und er deklariert weniger den Zusammenbruch des Ostblocks 1989/91 als vielmehr das Jahr 1979 zum „historischen Scharnier“. Damals siegte die Islamische Revolution im Iran, vor allem aber eröffnete Deng Xiao Ping in China jenen Reformweg, der China in die Position einer Supermacht in Konfrontation mit den USA brachte. Gleichzeitig steht 1979 für ihn als Beginn einer Erneuerung der USA unter Ronald Reagan, also für – aus kapitalismuskritischer Perspektive – den Beginn einer neoliberalen Revolution. Heute aber gilt Kotkin zufolge: „Für die Zukunft ist nichts wichtiger als die Einheit des Westens sowohl in Bezug auf China als auch auf Russland.“¹

Natürlich versichern die meisten Autoren der Kriegsführung der Ukrainer gegen den „verbrecherischen Putin“ ihre Unterstützung, aber der nüchterne, neokonservative Stichwortgeber Robert Kagan betont, bevor er den US-Führungsanspruch herausstreicht: „Obwohl es obszön ist, die Vereinigten Staaten für Putins unmenschlichen Angriff auf die Ukraine verantwortlich zu machen, ist es irreführend, darauf zu bestehen, dass die Invasion völlig unprovokiert war. So wie Pearl Harbor die Folge der Bemühungen der USA war, die japanische Expansion auf dem asiatischen Festland abzuschwächen, und so wie die 9/11-Angriffe teilweise eine Reaktion auf die dominante Präsenz der Vereinigten Staaten im Nahen Osten nach dem ersten Golfkrieg waren, so waren russische Entscheidungen eine Antwort auf die expandierende Hegemonie der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in Europa nach dem Kalten Krieg.“²

Spannend sind Aufsätze, die über die Perspektiven des Krieges nachdenken und auch das Risiko eines großen Nuklearkrieges mitdenken und gerade deshalb auf Verhandlungen und Gesichtswahrung für beide Konfliktparteien setzen. Liana Fix und Michael Kimmage stehen dem German Marshall Fund nahe und ahnen, offenbar im Unterschied zu ihren rein US-fixierten Kollegen, die Probleme, die nicht nur auf die Ukraine, sondern auf den Westen zukommen, wenn es mit dem erhofften Sieg nicht oder nicht so schnell klappen sollte.³ „Putin hat viele Gründe, den Krieg, den er begonnen hat, nicht zu beenden. Er ist weit davon entfernt, seine wichtigsten Ziele zu erreichen. Bisher haben seine Armeen nicht gut ge-

¹ Stephen Kotkin: *The Cold War Never Ended. Ukraine, the China Challenge, and the Revival of the West*. In: *Foreign affairs*. New York, May/June 2022 (hier und in den anderen Quellen – eigene Übersetzung – St.B.); <https://www.foreignaffairs.com/reviews/review-essay/2022-04-06/cold-war-never-ended-russia-ukraine-war>.

² Richard Kagan: *The Price of Hegemony. Can America Learn to Use Its Power?* In: ebd.; <https://www.foreignaffairs.com/articles/ukraine/2022-04-06/russia-ukraine-war-price-hegemony>.

³ Liana Fix/Michael Kimmage: *What If the War in Ukraine Doesn't End? The Global Consequences of a Long Conflict*. In: ebd. April 20, 2022; <https://www.foreignaffairs.com/articles/russian-federation/2022-04-20/what-if-war-ukraine-doesnt-end>.

nug abgeschnitten, als dass Russland die Kapitulation der Ukraine erzwingen könnte, und Russland ist sehr weit davon entfernt, die ukrainische Regierung zu stürzen (...). Putin könnte auf einen Zermürbungskrieg zurückgreifen, der für ihn mehrere Vorteile mit sich bringt.“ Dies würde eine Niederlage verhindern und eine militärische Reorganisation ermöglichen. Vor allem hätte Europa eine offene und gefährliche Grenze im Osten, vom Leid der Ukrainer abgesehen. „Europa wäre nicht ganz, frei und in Frieden. Es würde in sich ein Kriegsgebiet bekommen, mit der Gefahr einer ständigen Eskalation.“ Für die USA und ihre Verbündeten hieße das eine langfristige Unterstützung der Ukraine – mit anderen Worten aber wohl eine langfristige auch militärische Konfrontation mit Russland.

Trotzdem, das eigentliche Problem ist nicht Russland, sondern China, das politisch, ökonomisch und militärisch die Herausforderung ist, der sich die USA stellen müssen und auf die sie nur bedingt vorbereitet sind. Der Krieg gegen Russland, von willfähigen osteuropäischen Staaten betrieben und von der Ukraine erlitten, könnte das Potential des wichtigsten militärischen, weil nuklearen, Verbündeten Chinas schwächen. Russland ist in diesem Ansatz aus meiner Sicht – in völliger Neudefinition alter Zusammenhänge von Preußen als Britanniens Festlanddegen – nun noch für einige Jahre die nukleare Speerspitze Pekings. Militärexperten wie Andrew F. Krepinevich Jr.⁴ sehen eine neue Qualität von Kernwaffen aufziehen, die in den Rüstungsanstrengungen Chinas eine Veränderung der derzeitigen Kräfteverhältnisse nach sich ziehen wird und die bisherigen Vorstellungen von Abschreckung durch neue Waffensysteme zerstört – diese waren gebunden an ein austariertes Verhältnis Moskau-Washington.

Es bleibt der Trost, den der legendäre Erfinder des „Endes der Geschichte“ spenden will. Francis Fukuyama⁵ setzt auf den Triumph des Liberalismus in einer Welt der Autokraten, nun allerdings mit starker Akzentuierung der nationalen Ideen.

Nur, die Büchse der Pandora ist geöffnet worden; die in *Foreign Affairs* diskutierten US-Ideen, das Unheil wieder einzufangen, scheinen wenig überzeugend, sondern eher anheizend im Interesse ihrer Vormacht.

Stefan Bollinger

Abschreckung reloaded?

Ist der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine über uns gekommen wie eine unvorhersehbare Naturkatastrophe? Hatte Olaf Scholz Recht, als er in der Bun-

⁴ K Andrew F. Krepinevich Jr.: The New Nuclear Age. How China's Growing Nuclear Arsenal Threatens Deterrence. In: ebd. May/June 2022; <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2022-04-19/new-nuclear-age>.

⁵ Francis Fukuyama: A Country of Their Own. Liberalism Needs the Nation. In: ebd. May/June 2022; <https://www.foreignaffairs.com/print/node/1128667>.

destagsdebatte vom 27. Februar von einer „Zeitenwende“ sprach? Für das inzwischen übliche Narrativ von Politiker:innen der Koalition und der Union und für den Großteil der Medien ist der Fall klar: Jegliches Festhalten an irgendeiner Art von Entspannungspolitik und kollektiver Sicherheit in Europa ist definitiv 80er. Out und vorbei. Jetzt sind Selbstkritik und Reuebekenntnisse angesagt. Mehr noch: Eigentlich hätten „wir“ es viel früher bemerken müssen. Wer bisher noch an derartiges geglaubt habe, muss sich nun rechtfertigen und Buße tun. Wer es sogar jetzt noch glaube, mache sich mitschuldig. Der Vorwurf des „appeasement“ steht im Raum, „westliche“ Politik habe der russischen Aggression Vorschub geleistet. Eigentlich sei sogar die ganze Entspannungspolitik des späten 20. Jahrhunderts ein schwerer Fehler gewesen, allerspätestens seit 2014 aber hätten „wir“ „in einer anderen Welt aufwachen müssen“, um das Wort der Außenministerin aufzugreifen. Der Kommentator der NZZ sieht nun aber definitiv das „Ende der Illusionen“ gekommen, jetzt beginnt also wirklich das „Zeitalter der Konfrontation und der Großmachtrivalität“ (7.3.2022). Allenthalben und immer lauter wird zu den Waffen gerufen, geistige Mobilmachung der öffentlichen Meinung inklusive, vorzugsweise „schwere Waffen“; auch Nuklearwaffen müssten („leider“) auch dabei sein.

Die Debatte – auch die linke Debatte – zu diesen Fragen ist kontrovers und vielschichtig. Zwei linke Zeitschriften – *spw* (*Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*) und die *Blätter für deutsche und internationale Politik* – haben sich in ihren April-Ausgaben¹ schwerpunktmäßig mit dem Thema befasst. Zahlreiche einzelne Beiträge in weiteren Medien kommen hinzu. Die „Blätter“ betiteln diese Ausgabe mit „Putins Krieg: Über jede Grenze?“. *spw* (Heft 248) fragt: „Was bedeutet Entspannungspolitik heute?“ Schon hier lassen sich unterschiedliche Akzente erkennen. Die Beiträge in *spw* wurden vor dem Ausbruch des Krieges geschrieben (*spw* erscheint alle zwei Monate), hatten aber die sich zuspitzende Konfrontation im Blick. In der Einleitung gehen Kai Burmeister, Ute Finck-Krämer, Sascha Howind und Dietmar Köster auf die durch den Krieg veränderte Lage ein; jetzt müsse die Frage lauten, „wie eine zeitgemäße internationale Solidarität für den Frieden“ aussehen könne (15). Dabei, so der Tenor – gegen den Zeitgeist gebürsteten – Beiträge, lasse sich von den Grundsätzen der Entspannung und gemeinsamen Sicherheit, wie sie seinerzeit von Egon Bahr maßgeblich konzipiert wurden, noch immer eine Menge lernen, auch wenn sich die Bedingungen radikal verändert haben.

Solche Überlegungen gelten heute weithin als unpopulär. Die redaktionelle Einleitung räumt ein, die aktuelle Lage sei derzeit „unübersichtlich“, für „Antworten“ sei es noch zu früh, es brauche eine „ausführliche Debatte“, aber es bleibe „Aufgabe der sozialdemokratischen Linken, friedenspolitische Positionen zu vertreten und militärischer Gewalt eine Absage zu erteilen“ (14). Die *Blätter für deutsche und internationale Politik* gehen das Thema mit weniger Nachdenk-

¹ *spw* – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 248 (Ausgabe 1/2022), Dortmund, März 2022, 75 S., 7,00 Euro; *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 4/2022, Berlin, April 2022, 128 S., 11,00 Euro.

lichkeit an. Bei aller Pluralität der April-Beiträge überwiegt die Auffassung: Es muss weiter um Dialog und Verhandlungen gerungen werden, aber jetzt ist es Zeit, die militärisch gestützte Abschreckung gegen Russland zu stärken. Vor allem für Blätter-Redakteur Albrecht von Lucke ist klar: Der Befund der „Zeitenwende“ trifft zu, jetzt haben „wir“ es mit dem „Ende unserer Illusionen“ zu tun. Die politisch Verantwortlichen müssten sich eingestehen, „über drei Jahrzehnte der Friedensillusion angehangen und darüber die im Grundgesetz verankerte Landesverteidigung sträflich vernachlässigt zu haben“ (60). Das klingt nach schlechten Aussichten für Entspannung, an der die spw-Autor:innen unerschrocken festhalten.

Die Debatte darüber hat ein Konzept reanimiert, das einen schlechten Ruf hat und bereits in den 1980er Jahren zu Recht in Misskredit geraten war: die Abschreckung. Der CDU-Vorsitzende Merz formuliert es eingängig, unterkomplex und mit dem pflichtschuldigen Bekenntnis, es irgendwie auch mit Diplomatie versuchen zu wollen: „Abschreckung ist und bleibt auch in Zukunft das wichtigste Instrument der Verteidigung. Und für den Frieden und die Freiheit müssen wir auch wirklich eintreten wollen, zur Not müssen wir dafür kämpfen“.² Sehr viel anders liest es sich bei von Lucke auch nicht, wenn er schreibt: „Beseelt von der vermeintlichen Friedensdividende haben wir die anhaltende Bedeutung des Militärischen zum Zwecke der Abschreckung sträflich vernachlässigt“ (61f.). Haben „wir“ das? Wenn doch die Rüstungsausgaben der Nato denen Russlands um schätzungsweise das 18-fache überlegen sind? Und in den vergangenen Jahren deutlich erhöht wurden?

Lucke sieht durchaus eine politische Mitverantwortung „des Westens“ für die heutige Zuspitzung. Dazu zitiert er Heinrich August Winkler, der in der „Zeit“ am 10.3.2022 schrieb: „Angesichts der massiven Vorbehalte gegenüber einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens in den eigenen Reihen hätte der Westen die Pflicht gehabt, sich in ständiger enger Abstimmung mit den beiden Bewerberländern im Dialog mit Russland um eine belastbare Sicherheitsordnung für ehemalige Sowjetrepubliken in Osteuropa zu bemühen, die in das westliche Bündnis strebten. (...) Solche Bemühungen gab es nicht, und das war eine folgenschwere Unterlassung.“ (63). Mykola Borovyk, aus der Ukraine stammender Historiker, sieht in seinem Blätter-Beitrag die Vertrauensbrüche der jüngeren Vergangenheit dagegen ausschließlich bei Russland (47ff.) und kann nicht erkennen, wieso Russland sich von der Nato-Osterweiterung habe bedroht fühlen können (52). Wolfgang Zellner, Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Uni Hamburg, sieht das im gleichen Heft deutlich realistischer: Es gehe Russland „in erster Linie“ nicht um den Nato-Beitritt der Ukraine, sondern „generell um dessen Annäherung an den Westen“, insbesondere an die EU (69). Borovyk argumentiert eher in Kategorien der Abschreckung, die die Sicherheitsbedürfnisse der anderen Seite nicht wahrnehmen

² <https://www.cdu.de/artikel/merz-zur-not-muessen-wir-fuer-frieden-und-freiheit-kaempfen>. Der Text erschien zuerst in „Die Zeit“ 31.3.2022.

will. Es kennzeichnet ja gerade das Konzept der gemeinsamen Sicherheit, dass es diese Bedürfnisse akzeptiert, auch wenn sie „nur gefühlt“ sein mögen.

Zellner vermeidet jede geistige Mobilmachung und kommentiert den „Zwang zur [erneuten] Abschreckung“ mit einem vernehmlichen Seufzer und wenig optimistisch als „Dilemma des Westens“. Im Unterschied zum üblichen Politik-Sprech konzediert er: „Es sei nun „deutlich geworden, dass Dialogbereitschaft durch die Fähigkeit zur Abschreckung unterfüttert werden muss“. Dafür würde auch „längerfristig erheblicher Aufwand nötig sein“ (74). Zellner, der auch in früheren Jahren die Ambivalenz und Fragilität der Abschreckung thematisiert hatte, unterstreicht deshalb auch die Notwendigkeit, die „strategische Lage zu stabilisieren“ und nennt wichtige Aufgaben der Rüstungskontrolle, so etwa die Erarbeitung eines Folgevertrages für einen New Start-Vertrag zwischen den USA und Russland (91).

Das wirft die Frage auf, wer für die zugespitzte Konfrontation verantwortlich ist. Die ukrainische Wissenschaftlerin Tatiana Zhurzhenko schreibt in den „Blättern“ die Verantwortung für die Zerstörung der „nach dem Kalten Krieg gestiftete(n) europäischen Friedensordnung“ ausschließlich Putin und Russland zu (56). In den spw-Beiträgen liest sich das deutlich differenzierter. Ute Finck-Krämer (SPD-MdB 2013 bis 2017) sieht die Verantwortung bei beiden Seiten. Die Eskalation des Konflikts hänge „entscheidend“ damit zusammen, „dass alle Beteiligten sicherheitslogisch statt friedenslogisch denken und handeln“ (28). Auf beiden Seiten seien also das Denken und Handeln in Kategorien der militärischen Abschreckung nie wirklich überwunden worden. Statt aber jetzt die Abschreckung zu priorisieren, plädiert Finck-Krämer für Mäßigung und für eine Rückbesinnung auf politische Strukturen, die in den vergangenen Jahrzehnten geschaffen wurden und heute kaum noch genutzt werden. Auch wenn militärische Abschreckung in der zugespitzten Situation in gewissem Maß für unvermeidlich gehalten wird, dürfe sie nicht in ein hemmungsloses Wettrüsten eskalieren wie in den 1960er Jahren. Stattdessen, so die Autorin, sollten vernachlässigte Strukturen wie die KSZE bzw. OSZE genutzt werden. Auch in der heute nicht mehr bipolaren, sondern multipolaren Welt lasse sich „durchaus weiter mit dem Ansatz der Entspannungspolitik arbeiten“ (29). Uta Zapf (SPD-MdB 1990-2013) listet die in der Entspannungsphase geschaffenen Instrumente kollektiver Zusammenarbeit akribisch auf, geht auch auf zahlreiche destruktive, Vertrauen zerstörende Maßnahmen sowohl seitens der USA und der Nato als auch Russlands ein und sondiert, wie diese immer noch vorhandenen Instrumente auch in der jetzigen Kriegssituation genutzt werden könnten – wenn der politische Wille da wäre.

Daran wären die neuen Fans der militärischen Drohpolitik und der Abschreckung in der SPD, vor allem aber in CDU/CSU, in FDP und bei den Grünen zu erinnern, denen die seit den 1960er Jahren von der (internationalen) Friedensforschung geleistete Abschreckungskritik möglicherweise nicht bekannt ist oder die sie nie akzeptiert haben. Ein früher Meilenstein dieser Kritik war vor rund 50 Jahren die von Carl-Friedrich von Weizsäcker herausgegebene Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ (München 1971), die zu dem Schluss kam:

Die Bundesrepublik sei mit konventionellen Waffen nicht (mehr) zu verteidigen: Der Versuch, das trotzdem zu tun, müsse zu ihrer völligen Zerstörung führen. (Am tragischen Beispiel der Ukraine wird gerade sichtbar, was das bedeutet.) Der Einsatz nuklearer Waffen zur Verteidigung des Landes sei dazu keine Alternative, weil er zwangsläufig zur nuklearen Selbstvernichtung führen werde. Das System der Abschreckung sei insofern in sich widersprüchlich und instabil und bedeute für alle Beteiligten unkalkulierbare Risiken und müsse durch eine kluge Politik ersetzt werden. In der Politik wurden in jenen Jahren Positionen stärker, die dem labilen „Gleichgewicht des Schreckens“ ein Konzept nicht nur der politischen Entspannung, sondern auch der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung und der gemeinsamen Sicherheit entgegensetzten.³ Wer das heute für überholt erklärt, müsste nachweisen, dass und wie ein Kurs der militärischen Hochrüstung und des sich gegenseitig militärisch in Schachhaltens den Frieden besser sichert.

Dabei kommt Europa eine besondere Rolle zu, denn dort findet ja der Krieg statt und dort muss eine Friedenslösung gefunden werden. Claudia Walter fordert in einem kurzen spw-Kommentar, „Europa“ müsse „seine eigene Rolle“ finden und stärken“ (4). Das ist zweifellos richtig, nur wie? Thomas Greven richtet in seinem Blätter-Beitrag den Blick auf die USA und einen möglichen erneuten Wahlerfolg Trumps oder eines seiner Strohänner 2024 (92ff.). „Eines hat Wladimir Putin mit seinem Krieg gegen die Ukraine schon erreicht, mutmaßlich unbeabsichtigt: die zuletzt angeblich `hirntote` (so Emmanuel Macron noch 2019) Nato wiederzubeleben. Eilig wird deren ursprüngliche *raison d'être* als gen Osten ausgerichtetes Militärbündnis erneuert“ (92) Wenn also demnächst eine abermalige Präsidentschaft Trumps droht, was bedeutet das für Europa? Schon allein deswegen, so Lucke, „ist es höchste Zeit für die Europäische Union, endlich aufzuwachen und die Notwendigkeit ihrer eigenen, kollektiven Selbstverteidigung zu begreifen.“(65) Und weiter: „Spätestens bis 2024, bis zu der nächsten US-Präsidentschaftswahl, muss Deutschland, muss die gesamte EU wehrhaft geworden sein, muss sie ihre autonome Verteidigung von Freiheit und Demokratie enorm gestärkt haben“ (66). Dann eilt es also. Auch Wolfgang Zellner warnt mit Blick auf eine eventuelle neue Präsidentschaft Trumps: „Von daher ist es unabweisbar, die Fähigkeit von Nato-Europa zur konventionellen Bündnisverteidigung innerhalb von drei Jahren auf ein Niveau zu bringen, das eine russische Aggression etwa gegen die baltischen Staaten unmöglich macht“. „Europa“ brauche zudem eine „hinreichende nukleare Abschreckung“, wenn „die USA diese nicht mehr gewährleisten sollten“ (74). Die politischen Entscheidungsträger in Berlin und Paris werden solchen Zuspruch von links gerne entgegennehmen. Aber das, was sie ohnehin in die Wege geleitet haben, geht über die genannten Vorschläge weit hinaus, wie z.B. Studien der Informationsstelle Militarisierung zeigen. Sie haben längst den Weg zu einer „Militärunion“ Europa in EU und Nato eingeschlagen, völlig unabhängig von Putins Ukraine-Invasion, inklusive deutlich höherer Rüstungsinvestitionen. Der Krieg in der Ukraine wird dabei in die Argumentation mit eingebaut, aber im Kern geht es

³ Ausführlich dazu Jürgen Reusch: Neue Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter, Köln 1988, S. 224ff.

darum, die EU in der Konkurrenz unter den Großmächten unter dem Stichwort der „strategischen Autonomie“ als militärischen Machtfaktor wirksamer in Stellung zu bringen. Themen wie Abrüstung und Rüstungskontrolle kommen in den entsprechenden EU-Dokumenten nur als Randnotiz vor.⁴

Das alles sind Vorstellungen, die an einen veralteten, militärisch verengten Friedens- und Sicherheitsbegriff anknüpfen, den die Friedensforschung schon seit den 1970er Jahren kritisiert hat. Füllkrug-Weitzel hat in ihrem spw-Beitrag recht, wenn sie Frieden und Sicherheit für alle (nicht nur für die Nato) im weiten Sinn des Human Development Report der UNO von 1994 interpretiert (35), oder ihm die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung zugrunde legt, die die UNO 2015 beschlossen hat (38). Ähnliche Gedanken enthielten schon der Bericht an den Club of Rome (1972), der Palme-Bericht (1982) und der Bericht der Brundtlandt-Kommission (1987).

Sie schränkt allerdings ein, dies schließe „militärische Friedenssicherungsmaßnahmen nicht aus“ (40). In einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau unmittelbar vor Ostern (14./15.4.2022) präziserte sie diese noch vage These: „Waffenlieferungen an die Ukraine“ dürften derzeit nicht verweigert werden. Dem zuzustimmen sei aber „keine Zeitenwende weg von einer prinzipiellen Priorisierung der Gewaltfreiheit“. Schließlich könne es „Sicherheit dann doch nur gemeinsam“ geben. Das offenbart ein Dilemma, das auch gesellschaftliche Linke insgesamt verspürt. Die redaktionelle Einleitung des spw-Hefts zeigt dieses Dilemma: „Kurzfristig wird es darauf ankommen, die Logik des Krieges zurückzudrängen, Eskalation zu verhindern, zu Verhandlungen und Waffenstillstand zu kommen“ (13). Finck-Krämer bezieht sich in ihrem Beitrag positiv auf das Minsk-II-Abkommen (30). Aber wie kommt man dahin? Die zahlreichen Belege in den spw-Beiträgen für die positiven Entspannungsmaßnahmen früherer sozialdemokratischer Politik mögen zutreffen. Aber sie müssten heute mehr bieten als Plädoyers für eine Fortsetzung dieser Entspannungspolitik unter radikal anderen Bedingungen.

Auch in den „Blättern“ taucht das Problem auf. Lucke unterstreicht, im Ukraine-Konflikt müsse jede „direkte Kriegsintervention eines Nato-Staats“ unbedingt vermieden werden (64). Auch zukünftig müssten „diplomatische Verhandlungen eine entscheidende Rolle“ spielen (66). In der Tat, wenn die Eskalation des Konflikts in einen Weltkrieg nicht verhindert wird, erübrigen sich alle weiteren Überlegungen, wie Frieden hergestellt werden könnte. Allerdings birgt die von einigen Autor:innen favorisierte Kombination von (mehr) militärischer Abschreckung und Verhandlungen genau dieses Risiko, denn die massive militärische Unterstützung der Ukraine, wie sie Ende April im Nato-Treffen in Ramstein bekräftigt wurde, macht die Nato Schritt für Schritt zur Kriegspartei. Führt der Weg zu Diplomatie und Verhandlungen nur über möglichst viel militärisches Engagement? Kann das eine linke Position sein? Oder geht es nicht eher um maximalen politischen Druck durch eine entschlossene nicht-militärische Position?

⁴ S. Özlev Alem Demirel/Jürgen Wagner: Strategischer Kompass weist den Weg zur Militärmacht EU. <https://www.imi-online.de/2022/03/28/strategischer-kompass-weist-den-weg-zur-militaermacht-eu/>

Friedensforschung und (internationale) Friedensbewegung der 1970er und 80er Jahre haben das Verdienst, der Abschreckung das Konzept der gemeinsamen Sicherheit als Alternative entgegengestellt zu haben. Das lässt heutige Versuche, beides miteinander zu versöhnen, in zweifelhaftem Licht erscheinen. Wir registrieren heute das Revival eines militärisch verengten Sicherheitsbegriffs, den das Konzept der gemeinsamen Sicherheit schon einmal überwunden hatte. Weil die Realitäten des Nuklearzeitalters ein neues, breiteres Verständnis von Sicherheit und Frieden erforderten, das auch Unterentwicklung, Armut, ökologische Probleme usw. einschloss. Diese Aspekte in die Debatte über die Zukunft von Frieden und Sicherheit eingebracht zu haben ist das Verdienst der Beiträge von Jürgen Scheffran und Naomi Klein im hier vorgestellten Heft der „Blätter“. Scheffran unterstreicht, dass die mit dem Krieg verbundene Rüstung genau die Mittel bindet, die „für kooperative Lösungen des Klimawandels und anderer globaler Probleme“ dringen benötigt werden (115). Insofern gehören die enormen Kosten des jetzigen Aufrüstungskurses zu den am schwersten wiegenden Folgen des Ukraine-Krieges für Umwelt- und Klimaschutz (119). Naomi Klein bezieht sich auf den aktuellen Bericht des Weltklimarats und zieht den Schluss: „Wenn es in unserer Zeit eine einheitsstiftende politische Aufgabe gibt, dann sollte diese darin bestehen, auf den Flächenbrand toxischer Nostalgie ebenso flächendeckend zu antworten“ (106). Mit dem Krieg in der Ukraine kann eine existenzielle Bedrohung für die gesamte Menschheit erwachsen. Ihr durch Abschreckung, Hochrüstung und militärische Drohhpolitik auf allen Seiten begegnen zu wollen, steigert diese existenzielle Bedrohung zusätzlich, weil dann Auswege aus dem drohenden Klimakollaps versperrt werden. In diesem Sinne wäre es notwendig, einen weiten Begriff von Sicherheit und Frieden neu zu denken.

Jürgen Reusch

Nebenschauplatz? Brandgefährlich

„Meine geschichtliche Erfahrung“, hatte Eric Hobsbawm 2009 noch während der Weltwirtschafts- und Finanzkrise in einem Interview mit dem „Stern“¹ geäußert, „sagt mir, dass wir uns – ich kann das nicht ausschließen – auf eine Tragödie zubewegen. Es wird Blut fließen, mehr als das, viel Blut, das Leid der Menschen wird zunehmen, auch die Zahl der Flüchtlinge. Und noch etwas möchte ich nicht ausschließen: einen Krieg. Der dann zum Weltkrieg werden würde – zwischen den USA und China.“ Seit 2009 ist viel Blut geflossen – u.a. in Libyen, Syrien, Jemen, Äthiopien, Afghanistan, Tschetschenien, im Osten der Ukraine. Die Zahl der Flüchtlinge ist explodiert. Erleben wir mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine jetzt einen Weltordnungskrieg, der zum Weltkrieg eskalieren kann?

Eben diese Frage stellt Georg Fülberth in „konkret“². Er unterscheidet drei Phasen

¹ Eric Hobsbawm, <https://www.stern.de/wirtschaft/news/eric-hobsbawm--es-wird-blut-fliesen--viel-blut--3811538.html>.

² konkret, H. 4/2022 „Bombenstimmung – Deutschland rüstet auf“, Hamburg, 6,50 Euro.

des Imperialismus: In der ersten Phase, die er von ca. 1870 bis 1945 datiert, konkurrieren die hochentwickeltesten kapitalistischen Industrieländer um Rohstoffquellen und Absatzmärkte für Waren und überakkumuliertes Kapital. Mit dabei das russische Zarenreich, in „Sonderstellung“ – einerseits subordiniert als Anlagensphäre ausländischen Kapitals, andererseits militärische Großmacht mit eigener Einflusszone (Balkan). „Auf diesem Nebenschauplatz erfolgte die Initialzündung für den ersten Weltkrieg.“ Nach 1945 geht der Imperialismus, so Fülberth, in eine „Latenzphase“ über – statt zwischenimperialistischer Kämpfe Kalter Krieg gegen den Sozialismus unter Führung der USA –, um nach dem Ende der UdSSR wieder zurückzukehren. Aber mit teilweise anderen Akteuren, in anderen Formen: Es geht im Kampf um Einflusssphären und Absatzmärkte für Waren und Kapital nicht mehr um die Beherrschung von Kolonien, sondern von selbständigen Staaten. Zu unterscheiden sei ein „globaler und ein regionaler Imperialismus“: USA einerseits, China, EU, Russland andererseits. Der wirtschaftlich-politische Aufstieg Chinas ist die entscheidende Herausforderung für die USA: der neue „Systemgegner“, Antagonist in einem zweiten Kalten Krieg. Und der Ukrainekrieg? Den Transatlantikern beiderseits des Ozeans gehe es darum, jede Kooperation zwischen Russland und der EU als potentielle „zweite Konkurrenz für die USA“ neben China zu unterbinden. (Das, nebenbei gesagt, war das zentrale Thema in Brzezinskis „Grand Chessboard“ von 1997, Vorwort der dt. Ausgabe: Hans-Dietrich Genscher.) Russland charakterisiert Fülberth als „regionalen Imperialismus“: „Nachdem der Sozialismus entfernt wurde, kehrt ein imperialistischer Zombie wieder.“ Die Ukraine als Nebenschauplatz und „brandgefährliche Konstellation“ erinnert Fülberth an Krisen vor 1914. „Es geht wieder los.“

Jörg Wollenberg erinnert im Juni-Heft der „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (BzG)³ daran, dass der „Nebenschauplatz“ Ukraine für die Ostausdehnung des deutschen Imperialismus im ersten wie im zweiten Weltkrieg eine Schlüsselbedeutung hatte. Er verweist auf das „Mitteleuropa“-Projekt der Obersten Heeresleitung und die Besetzung einer von Finnland über die Ukraine und die Krim bis zur türkischen Grenze reichende Zone, die bis zum Juni 1919 von deutschen Truppen kontrolliert wurde. Hanseatisches Kaufmanns- und Bankkapital und Ruhrindustrielle nutzten die Gunst der Stunde, um diesen Raum für Außenhandel und „Neuordnung“ der Erdölwirtschaft zu erschließen. Zwanzig Jahre später waren die gleichen Unternehmen in der Ukraine, in Kiew und Charkow, wieder zur Stelle. Wollenberg stellt dies u.a. anhand von Bremer Handelsunternehmen dar (u.a. Ludwig Roselius), die eng mit der Hitler-Partei verbunden waren, über deren Aktivitäten nach 1945 im sozialdemokratisch regierten Bremen mit einem „Schweigepakt“ hinweggegangen wurde, „der wirkungsvoll bis heute besteht“.

Fülberth bezeichnet das heutige Russland als „regionalen Imperialismus“. In eine ähnliche Richtung argumentieren Aleksandr Buzgalin, Andrey Kolganov und

³ Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), Berlin, trafo-Wissenschaftsverlag, 64. Jhr., H. 2, Juni 2022, 16,00 Euro.

Olga Barashkova (Moskauer Lomonossow-Universität, Fachbereich Ökonomie) in „Russia: A New Imperialist Power?“⁴ Die Studie bezieht sich auf das Russland der Jahre 2015/2016. Die Verf. unterscheiden, wie Fülberth, klassischen und heutigen „Neoimperialismus“, zeigen aber, dass der heutige Imperialismus durch eine ganz andere Dimension und Interaktion von monopolistischem Kapital und Staat bzw. supranationalen Strukturen geprägt ist. Als Subjekt des modernen Imperialismus („proto-empire“) betrachten sie ökonomisch-politische Großsysteme („super-countries“ wie die USA oder die EU, große finanzkapitalistische Netzwerke), die sich ökonomisch wie politisch, juristisch, ideologisch, kulturell, militärisch andere sozio-ökonomische Systeme unterordnen können. Entsprechend sei zu unterscheiden zwischen a) peripheren, systematisch untergeordneten und ausgebeuteten Ländern, b) semi-peripheren Ländern, die sich einer solchen Ausbeutung und Unterordnung widersetzen könnten, und c) dem oder den Zentren des heutigen Imperialismus. Russland wird von ihnen als „semiperipheres“ Land eingestuft, das sich seinerseits imperialistischer Methoden bediene, um Druck auf schwächere Nachbarn auszuüben und defensive Allianzen zu bilden. Es sei nach wie vor geprägt durch die unabgeschlossene Transformation der sowjetisch geprägten ökonomischen Systems in einen semiperipheren „late capitalism“, in dem das Finanzkapital dominiert und transnationale Konzerne auf dem Weltmarkt agieren – durchsetzt mit „primitiv kapitalistischen“ und „spät-feudalen“ Strukturen, in denen außerökonomische Beziehungen, personale Abhängigkeiten, Korruption etc. eine große Rolle spielen: Oligarchen-Kapitalismus. Als Indikatoren für die Schwäche des russischen Kapitalismus, die dessen semiperipheren Charakter bestimmt, werden u.a. angeführt: Das russische Großkapital spielt auf dem Weltmarkt keine irgendwo bestimmende Rolle; der Kapitalexport ist unbedeutend; bei internationalen Fusionen sind nur wenige russische Unternehmen beteiligt; die rohstoffextraktive Industrie ist abhängig vom internationalen Rohstoffmarkt; das russische Bank- und Finanzkapital ist nach wie vor relativ schwach. Die Rüstungswirtschaft könnte ein Ansatzpunkt sein, um in der imperialistischen Hierarchie aufzurücken. Die Verf. halten die wirtschaftliche Stellung Russlands im Rahmen der ehemaligen GUS-Staaten für nicht besonders stark. Lange vor dem Ukraine-Krieg charakterisieren sie den russischen Kapitalismus als „Raubtier“ („predator“) – wie dies jeder Kapitalismus sei –, aber als „second-rank predator“, der es sich zwar herausnehme, die von den global Playern gesetzten Regeln (an die sie sich selbst nicht halten) zu brechen – siehe die Annexion der Krim –, aber (noch?) nicht das Potential habe, wie ein imperialistischer Aggressor der ersten Reihe zu agieren. Das soll Russland jetzt nach dem Überfall der Ukraine offenbar seitens der USA und ihrer transatlantischen Verbündeten in aller Deutlichkeit und mit allen Mitteln demonstriert werden. Hier könnte die von Hobsbawm prognostizierte Tragödie ihren Ausgang nehmen.

André Leisewitz

⁴ Lomonosov Moscow State University, preprint series of the economic department, <https://www.econ.msu.ru/sys/raw.php?o=31380&p=attachment>